

Pressemitteilung: 14 147-066/26

Öffentliches Defizit 2025 mit 4,2 % weiterhin hoch Staatsschuldenquote auf 81,5 % angestiegen

Wien, 2026-03-31 – Das öffentliche Defizit betrug im Jahr 2025 laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 21,5 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand belief sich am Jahresende 2025 auf 418,1 Mrd. Euro. Die Schuldenquote – das Verhältnis der Staatsschulden zur nominellen Wirtschaftsleistung – stieg von 80,0 % auf 81,5 %.

„Österreichs Budgetdefizit lag 2025 mit 21,5 Mrd. Euro bzw. 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts weiterhin über der Maastricht-Grenze von 3 %. Im Vergleich zu 2024 hat sich das Defizit um 1,5 Mrd. Euro verringert. Ausschlaggebend dafür war, dass die Staatseinnahmen 2025 kräftiger gestiegen sind als die Ausgaben. Der moderatere Anstieg der Staatsausgaben war geprägt durch eine geringere inflationsbedingte Anpassung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und Rückgänge krisenbedingter Maßnahmen,“ sagt Manuela Lenk, fachstatistische Generaldirektorin von Statistik Austria.

Die Staatseinnahmen stiegen im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 4,5 % bzw. um 11,3 Mrd. Euro auf 261,5 Mrd. Euro. Die Staatsausgaben erhöhten sich um 3,6 % bzw. um 9,8 Mrd. Euro auf 283,0 Mrd. Euro. Daraus resultiert ein gesamtstaatliches Defizit von 21,5 Mrd. Euro, nach 23,0 Mrd. Euro im Jahr 2024. Gemessen am BIP zu laufenden Preisen lag das öffentliche Defizit 2025 bei 4,2 % (2024: 4,6 % des BIP). Der Finanzierungssaldo änderte sich 2025 damit um 0,46 Prozentpunkte, was einer Reduktion des Defizits um 1,5 Mrd. Euro im Vergleich zu 2024 entspricht.

Der Großteil des Defizits entfiel mit 15,2 Mrd. Euro auf den Bundessektor. Das Defizit des Landessektors lag bei 2,3 Mrd. Euro, das Defizit des Gemeindesektors stieg im Vergleich zu 2024 weiter um 0,3 Mrd. Euro auf 3,3 Mrd. Euro, das Defizit des Sozialversicherungsektors belief sich auf 0,6 Mrd. Euro.

Staatsausgaben stiegen 2025 moderater als in den Vorjahren

Die Staatsausgaben stiegen 2025 um 3,6 % bzw. 9,8 Mrd. Euro. In nahezu allen Ausgabenkategorien war der Anstieg niedriger als im Vorjahr. Die niedrigeren Gehalts- und Lohnabschlüsse 2025 spiegelten sich in den Zuwächsen beim Arbeitnehmerentgelt (+4,9 % 2025 bzw. +10,7 % 2024) wider. Bei den monetären Sozialleistungen (+6,1 %) zeigten sich weiterhin starke Anstiege, großteils bedingt durch die Entwicklungen bei den Pensionen und die Ausgaben im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. Der Anstieg bei den sozialen Sachleistungen (+6,3 %) war vor allem auf die steigenden Kosten im Gesundheitsbereich zurückzuführen, etwa für ärztliche Dienstleistungen und Medikamente.

Das Subventionsniveau ist zwar durch das Auslaufen von Maßnahmen zur Abmilderung der hohen Energiekosten (z. B. die Stromkostenbremse) 2025 weiter gesunken (–7,2 %). Andere Maßnahmen wie beispielsweise der Stromkostenausgleich 2025 oder der Anstieg bei den Ausgaben für Altersteilzeit wirkten diesem Rückgang teilweise entgegen.

Die Investitionen, die sich bereits auf einem hohen Niveau befanden, zeigten mit +2,1 % einen leichten Anstieg. Dieser Anstieg geht vor allem auf Investitionen in militärische Güter bzw. in Krankenanstalten zurück, während Investitionen in den Verkehrsbereich rückläufig waren.

Einen Zuwachs zeigen die Zinsausgaben. Diese erhöhten sich im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mrd. Euro (+12,6 %) auf ein Niveau von 8,3 Mrd. Euro. Dieser Anstieg in absoluten Zahlen ist nahezu zur Gänze der Bundesebene zuzuschreiben, da auch hier der Großteil der Schulden zu verbuchen war.

Staatseinnahmen im Vergleich zu Vorjahren weniger stark gestiegen

86,6 % der Staatseinnahmen im Jahr 2025 stammten aus Steuern und Sozialbeiträgen, die in Summe 226,4 Mrd. Euro ausmachten. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 4,9 %, bzw. 10,6 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen waren im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,8 % höher.

Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben zeigten mit 4,4 Mrd. Euro (+6,6 %) einen deutlichen Anstieg. Gründe dafür waren u. a. die Erhöhung der Energieabgaben nach dem Absenken 2023 und 2024, aber auch die Wiedereinführung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbetrags nach dem Aussetzen in den Jahren 2022 bis 2024. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer stiegen mit einem Plus von 3,4 % wie 2024 sehr moderat.

Die Einkommens- und Vermögenssteuern erhöhten sich in Summe um 2,2 Mrd. Euro (+3,1 %), wobei hier unterschiedliche Einflussfaktoren zum Tragen kommen. Einerseits erhöhten sich v. a. die Lohnsteuer sowie die Kapitalertragssteuern, andererseits gab es etwa bei der Körperschaftsteuer erneut einen Rückgang. Vor allem der Zuwachs der Sozialbeiträge mit +5,0 % stütze 2025 die Einnahmenseite.

Öffentlicher Schuldenstand belief sich Ende 2025 auf 418,1 Mrd. Euro

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 betrug der öffentliche Schuldenstand 418,1 Mrd. Euro, dies sind 23,0 Mrd. Euro mehr als am Ende des Jahres 2024. Nach der Art der Verschuldung aufgeteilt entfielen Ende 2025 vom Schuldenstand 371,2 Mrd. Euro auf Anleihen, 44,9 Mrd. Euro auf Kredite und 2,0 Mrd. Euro auf Einlagen.

Der größte Anteil des Anstiegs des öffentlichen Schuldenstands entfiel mit 16,9 Mrd. Euro auf den Bundessektor. Der Zuwachs im Bundessektor wurde durch die anderen Teilsektoren um 6,1 Mrd. Euro nochmals deutlich verstärkt, insbesondere durch Schuldenerhöhungen im Landes- und im Gemeindesektor in Höhe von 2,9 Mrd. Euro respektive 3,2 Mrd. Euro. In diesen beiden Teilsektoren wurden durch die Schuldaufnahmen vor allem bei den Kerneinheiten finanzielle Mittel bereitgestellt, um die laufenden Defizite abzubauen.

Den größten Teil der Erhöhung der Schulden des Bundessektors machte ebenfalls die Kerneinheit Bund aus, da auch hier mit den neu aufgenommenen Schulden vor allem die Abdeckung des laufenden Defizits finanziert wurde. Weiters erhöhte sich der Schuldenstand bei einigen außerbudgetären Einheiten, vor allem bei Bahninfrastruktureinheiten.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zu den öffentlichen Finanzen sowie die [Präsentation](#), das [Factsheet](#) und die Aufzeichnung des Pressegesprächs vom 31.03.2026 finden Sie auf unserer [Website](#).

Tabelle 1: Öffentliche Finanzen – Eckdaten des Staates

	2022	2023	2024	2025
Staatseinnahmen in Mrd. Euro	222,7	237,7	250,2	261,5
davon				
Steuereinnahmen	125,7	131,6	136,8	143,4
Sozialbeiträge	68,3	73,3	79,0	83,0
Produktionserlöse	19,5	21,7	23,3	24,4
Sonstige	9,1	11,2	11,2	10,7
Staatsausgaben in Mrd. Euro	238,0	250,0	273,2	283,0
davon				
Sozialleistungen	100,8	108,4	119,7	127,0
davon monetäre Sozialleistungen	81,6	87,7	96,8	102,8
Personalaufwand	46,6	50,6	56,0	58,8
Sachaufwand	31,7	33,1	34,9	36,1
Subventionen	11,8	10,7	9,2	8,6
Investitionen	19,5	18,1	19,9	20,3
Zinsausgaben	4,3	5,7	7,3	8,3
Sonstige Ausgaben	23,4	23,4	26,1	24,0
Defizit/Überschuss in Mrd. Euro	-15,3	-12,2	-23,0	-21,5
Defizit/Überschuss in % des BIP	-3,4	-2,6	-4,6	-4,2
BIP in Mrd. Euro	449,4	477,8	494,1	512,8

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 31.03.2026. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Tabelle 2: Öffentlicher Schuldenstand, absolut und in Prozent des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum Vorjahr nach Teilsektoren des Staates

Teilsektoren des Staates	in Mrd. Euro		in % des BIP	
	2024	2025	2024	2025
Staat insgesamt	395,1	418,1	80,0	81,5
Bundessektor	341,6	358,5	69,1	69,9
Landessektor	28,4	31,2	5,7	6,1
Gemeindesektor	23,7	27,0	4,8	5,3
Sozialversicherungssektor	1,3	1,4	0,3	0,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 31.03.2026. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Informationen zur Methodik, Definitionen: Die Staatseinnahmen und -ausgaben werden nach dem Europäischen System für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 2010) kategorisiert. Das öffentliche Defizit bzw. der öffentliche Überschuss ergeben sich aus der Differenz von Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Die angeführten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen beinhalten auch jene veranlagten Steuern und Sozialbeiträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

Bei der staatlichen Verschuldung handelt es sich um einen Brutto-Schuldenstand. Dies bedeutet, dass von den Schulden des Staates seine Finanzaktiva nicht abgezogen werden.

Die Unterschiede in der Veränderung des öffentlichen Schuldenstands und dem öffentlichen Budgetsaldo werden im sogenannten „stock-flow-Adjustment“ erfasst. Das kann zum Beispiel aus einem Verkauf von staatlichen Finanzaktiva entstehen oder aus einer Periodenabgrenzung von Emissionsdisagien.

Grundlage für das Berichtsjahr 2025 sind der vorläufige Rechnungsabschluss des Bundes, die Quartalsdaten der Länder und Gemeinden, die vorläufige Finanzstatistik des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger sowie erste Informationen zu außerbudgetären Einheiten. Statistik Austria erstellt als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zweimal pro Jahr Daten über den Sektor Staat und publiziert sie jeweils Ende März und Ende September. Diese Termine entsprechen den Verpflichtungen gemäß den EU-Verordnungen Nr. 549/2013 (ESVG 2010) und Nr. 220/2014 (Maastricht-Statistiken), diese Daten sowie Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand an die Europäische Kommission (Eurostat) zu notifizieren. Die Daten gemäß der angeführten EU-Verordnungen werden erstellt für den Sektor Staat insgesamt und die vier Teilsektoren Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherung.

Methodik: Aufgrund eines EuGH-Urteils wurde in der 1. Dienstrechtsnovelle 2023 über die Nachzahlung von Vordienstzeiten für öffentlich Bedienstete entschieden. Es kam hier zu Nachzahlungen in der Höhe von 800 Mio. für Vordienstzeiten von Mai 2016 bis Ende 2023. Diese Nachzahlungen erfolgen in den Jahren 2024 bis 2027, die Ausgaben gemäß ESVG sind dem Jahr 2024 zuzuordnen.

Statistik Austria ist die zentrale Stelle für amtliche Daten und Statistiken zu Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Umwelt. Als nationales Statistikinstitut ist sie den gesetzlich verankerten Grundsätzen der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität verpflichtet. Geleitet wird Statistik Austria von der fachstatistischen Generaldirektorin Manuela Lenk und dem kaufmännischen Generaldirektor Franz Haslauer.

Rückfragen:

Für Informationen zu Ergebnissen und Methodik wenden Sie sich bitte an:

Kerstin Gruber, Tel.: +43 1 711 28-7875, E-Mail: kerstin.gruber@statistik.gv.at

Lukas Dörfler, Tel.: +43 1 711 28-7816, E-Mail: lukas.doerfler@statistik.gv.at

Agnes Singer-Pesau, Tel.: +43 1 711 28-7169, E-Mail: agnes.singer-pesau@statistik.gv.at

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle: presse@statistik.gv.at

Medieninhaberin, Herstellerin und Herausgeberin:

STATISTIK AUSTRIA | Bundesanstalt Statistik Österreich | Guglgasse 13 | 1110 Wien | www.statistik.at

Pressestelle: Tel.: +43 1 711 28-7777 | E-Mail: presse@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA

Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich vorbehalten. Eine Weiterverwendung ist bei Quellenangabe und korrekter Wiedergabe gestattet.